

Polens Präsident auf Deutschlandbesuch: Eine „Schicksalsgemeinschaft“

TLZ-GASTBEITRAG

Quo vadis, Weimarer Dreieck?

Eine Herausforderung an uns alle

Von Cornelius Ochmann

Die Europäische Union benötigt neue Impulse für ihre Weiterentwicklung. Die Entscheidungsprozesse nach der EU-Erweiterung im Jahre 2004 sind komplizierter geworden und ein deutsch-französischer Motor ist allein zu schwach, um die EU der 27 Staaten voranzubringen. Dieser „Motor“ muss mindestens um einen neuen „Zylinder“ erweitert werden. Ein zukunftsfähiges Europa benötigt auch Ideen aus den neuen Mitgliedsstaaten. Deutschlands östlicher Nachbar Polen bietet sich dafür hervorragend an. Die wirtschaftliche Prosperität dort zeigt, dass der Begriff „Polnische Wirtschaft“ längst einen grundlegenden Bedeutungswandel erfahren hat. Direkt nach der Wiedervereinigung gab es die ersten Versuche, die deutsch-französisch-polnische Kooperation zu stärken. 1991 gründeten die damaligen Außenminister Genscher, Dumas und Skubiszewski das Weimarer Dreieck. Heute gilt es, diese Konstruktion mit Inhalt und Leben neu zu füllen und den Bürgern näherzubringen.

Vor einigen Tagen wurde in Weimar der Adam-Mickiewicz-Preis 2010 verliehen. Der Preis wird gemeinsam von der Stadt Weimar und dem Komitee „Weimarer Dreieck e. V.“ an Personen oder Institutionen verliehen, die sich um die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland, Polen und Frankreich verdient gemacht haben. Der Freistaat Thüringen, seine polnischen und französischen Partnerregionen Malopolska und

Picardie wurden für ihre Verdienste um die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit in Europa geehrt. Danuta Hübner, ehemalige EU-Kommissarin für Regionalentwicklung, wies in Ihrer Laudatio auf die Bedeutung der Regionen für die künftige Entwicklung Europas hin. Die Europäische Politik muss von der Bürgergesellschaft akzeptiert und umgesetzt werden. Es reicht nicht aus, die Verantwortung für Europäische Politik nach Brüssel zu verlagern. Die Menschen in jeder Stadt, Gemeinden und in jeder Region Europas machen Europäische Politik.

Eine Chance im nächsten Jahr

Die Auszeichnung für Thüringen ist eine Ehre und gleichzeitig eine große Herausforderung. Der erste Schritt wurde getan – ein Verein Weimarer Dreieck wurde als e.V. gegründet. Ministerpräsidentin Lieberknecht kündigte in ihrer Dankesrede an, die Kooperation mit der polnischen Wojewodschaft Malopolska und der französischen Region Picardie zu vertiefen.

Eine Chance dafür bietet sich im nächsten Jahr an, wenn wir in Weimar das 20-jährige Jubiläum der Gründung feiern werden. Präsidenten, Minister und Politiker aus Deutschland, Frankreich und Polen werden nach Weimar kommen. Was aus dem Weimarer Dreieck wird, hängt aber nicht nur vom Geschick der Politiker ab, sondern in erster Linie auch von der Bürgergesellschaft. Die Zukunft Europas ist eine Herausforderung für uns alle.

TLZ-Gastautor Cornelius Ochmann ist Projektmanager bei der Bertelsmann-Stiftung. Seine Themenschwerpunkte sind die europäische Politik, insbesondere die Beziehungen EU-Russland, die EU-Ost-Erweiterung, Östliche Partnerschaft, Mittel- und Osteuropa-Themen, insbesondere Polen, Russland, Ukraine, Weißrussland und andere GUS-Länder. Der Politikwissenschaftler, Jahrgang 1964, studierte an den Universitäten Mainz und Wrocław (Breslau).



Enger Schulterschluss: Das demonstrieren die Präsidenten Komorowski und Wulff bei ihrem Besuch in der Gedenkstätte Sachsenhausen. Bild: ddp

„Gemeinsam in die Zukunft“

Ein neues Kapitel in den gegenseitigen Beziehungen

Berlin. (ddp). Deutschland und Polen wollen ein neues Kapitel der bilateralen Beziehungen aufschlagen und Irritationen der vergangenen Jahre im Geiste des gegenseitigen Verständnisses lösen. Das wurde beim Antrittsbesuch des neuen polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski in Berlin deutlich. Bundespräsident Christian Wulff betonte, der Amtsantritt Komorowski biete eine „Riesenchance“, die beide Länder beherzt ergreifen wollten.

Zunächst war Komorowski am Vormittag mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammengetroffen. Dort habe er alle derzeit anstehenden Probleme angesprochen – von der Ostseepipeline über den Hafen in Swinemünde, der ab 2014 für Flüssiggastanker geöffnet werden soll, bis zu dem in Polen umstrittenen Zentrum gegen Vertreibung. Diese Dinge bewegten sich „in die richtige Richtung“, zeigte sich der Staatsgast erfreut.

Wulff und Komorowski vereinbarten, sich noch stärker als bisher der Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen zu widmen. Mit einer Reihe von Veranstaltungen in

beiden Ländern, wo die Staatspräsidenten die Schirmherrschaft übernehmen wollen, solle vor allem der Jugend der Wert dieser Beziehung nahegebracht werden, sagte Wulff.

Merkel begrüßte zudem den Vorschlag Komorowskis, die Arbeit des Weimarer Dreiecks zur Förderung der deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit zu intensivieren, wie Regierungssprecher Steffen Seibert mitteilte. Die Bundeskanzlerin und der polnische Präsident seien sich einig gewesen, dass eine gute Chance gebe, die ohnehin erfreulichen Beziehungen noch weiter zu vertiefen.

Komorowski unterstrich, beide Länder verbinde nicht nur eine schwierige Geschichte, sondern auch eine „Schicksalsgemeinschaft“. Ausdrücklich bedankte er sich bei Deutschland, das dem polnischen Volk in einer schwierigen Zeit geholfen habe.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) erinnerte an den Zusammenhang zwischen der Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc vor 30 Jahren und der deutschen

Wiedervereinigung. Beide historischen Ereignisse hingen eng zusammen.

Bei dem Treffen im Bundestag zeichnete Komorowski mehrere Deutsche mit der Dankbarkeitsmedaille des Europäischen Zentrums der Solidarität in Danzig aus. Damit werden Menschen gewürdigt, die Polen im Kampf um Freiheit unterstützt haben. Im Namen der Geehrten unterstrich der frühere Bürgerrechtler Wolfgang Templin, dass die Werte der Solidarnosc Ansporn für die Bürgerbewegung in der DDR gewesen seien. Diese Werte von Freiheit, Demokratie und Solidarität seien letztlich stärker gewesen als Panzer und Mauer.

Am Nachmittag stand ein gemeinsamer Besuch von Wulff und Komorowski im ehemaligen NS-Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin auf dem Programm. Komorowski betonte, es sei ein gutes Signal, dass beide Staatsoberhäupter gemeinsam der von den Nationalsozialisten ermordeten polnischen Opfer gedenken. Eine solche Geste schaffe mehr Möglichkeiten, „gemeinsam in die Zukunft zu blicken“, unterstrich das Staatsoberhaupt.

Kaum ein Tag vergeht ohne Feindkontakt

Wenig Zeit zur Erinnerung an Luftangriff

Kundus. (afp) Nach einigen Wochen im Bundeswehrlager Kundus ist das Zeitgefühl hinüber, sagen viele Soldaten. Rund um die Uhr sind sie im Dienst, sie fahren raus in die karge Landschaft Nordafghanistans, bleiben vielleicht einige Stunden oder mehrere Tage. Zurück im Lager reinigen sie Waffen, warten die Fahrzeuge. Die Wochentage verschwimmen, an Jahrestage ist erst gar nicht zu denken. Kaum jemandem scheint zu interessieren, dass an diesem Sonnabend vor einem Jahr aus diesem Lager der Befehl zum bislang blutigsten Angriff in der Geschichte der Bundeswehr gegeben wurde.

„Es gibt derzeit ganz andere Sachen, um die man sich hier kümmern muss“, sagt ein Fallschirmjäger, der verstaubt von einer Ausbildung mit afghanischen Soldaten zurückkehrt. Kaum ein Tag, an dem nicht ein TIC gemeldet wird, Abkürzung für troops in contact, Feindkontakt. „Im Krieg gibt es Kollateralschäden“, sagt er lakonisch. „Diese gilt es zu vermeiden und sind tragisch, aber sie sind nicht gänzlich auszuschließen.“

16-jähriger Bruder wurde getötet

Wenige Kilometer entfernt vom Lager der Bundeswehr lebt Abdul Ghafur. „Wir werden diesen Vorfall niemals vergessen“, sagt der 23-Jährige aus dem Dorf Jakob Bai. Als die Taliban zwei entführte Tanklasten in der Nacht zum 4. September 2009 auf einer Sandbank festgefahren hatten, war auch er zu jener Stelle am Fluss Kundus gegangen, an der später zwei US-Kampfflugzeuge auf Befehl des deutschen Obersts Georg Klein Bomben abwarfen.

Abdul verlor seinen 16-jährigen Bruder und wurde selbst schwer verwundet. Insgesamt starben nach Nato-Angaben bis zu 142 Menschen, darunter dutzende Zivilisten. Einige wollten umsonst Treibstoff abzapfen, andere wurden von den Taliban gedrängt, ihnen mit den feststehenden Fahrzeugen zu helfen.

Die Bundeswehr ließ die Zahl der Opfer von der afghanischen Unabhängigen Menschenrechtskommission (AIHRC) ermitteln, sie kam schließlich auf 91 Tote und elf Verletzte. An insgesamt 86 betroffene Familien zahlte Deutschland dann im vergangenen Monat 5000 Dollar – unabhängig davon, wie viele Opfer sie jeweils zu beklagen hatten. Eine „humanitäre Hilfsleistung“ und keine Entschädigung im rechtlichen Sinne, darauf legte das Verteidigungsministerium Wert.

Abdul Ghafur sagt, seine Familie gebe das Geld für Alltagsdinge aus, außerdem habe sie sich etwas Land gekauft. „Als Verletzter habe ich aber kein eigenes Geld erhalten“,

beklagt er sich. „Ich bin noch immer krank und werde behandelt.“ Auch der 17-jährige Abdul Latif überlebte den Angriff auf die Tanklasten mit schweren Verletzungen, zwei ältere Brüder kamen ums Leben. „Nur für meinen toten Bruder Chudai Dad haben wir 5000 Dollar bekommen, aber für mich und meinen toten Bruder hat es kein Geld gegeben“, sagt er. Die Dollar seien bereits ausgegeben, Verwandte hätten Schulden zurückgefordert.

Fast täglich gibt es Gefechte

Der Leiter der AIHRC in Kundus, Hajatullah Amiri, fordert, den Betroffenen des Luftangriffs über die Zahlungen hinaus mit Wohltätigkeitsprojekten zu helfen. „Die deutschen Kräfte in Kundus und andere Hilfsorganisationen sollten sie weiter unterstützen“, sagt er. „Auch wenn sie die gestorbenen Familienmitglieder nicht zurückbringen können, können sie zumindest das Leben der Familien ein bisschen zum Besseren wenden.“

Der Gouverneur von Kundus, Mohammed Omar, sagte, das Verhältnis der afghanischen Behörden zur Bundeswehr sei durch die zivilen Opfer rückblickend nicht beschädigt worden. Eine offizielle Gedenkfeier für die Opfer am Jahrestag ist nach seinen Angaben nicht geplant. Der Angriff habe trotz der getöteten Zivilisten einen Fortschritt im Kampf gegen die Aufständischen gebracht, sagte Omar. „Nach unseren Geheimdienstinformationen waren 60 der Opfer Taliban.“

Die Bundeswehr kämpft gegen einen besonders starken Widerstand der Aufständischen, fast täglich kommt es zu Gefechten. „Wir wollen den ausländischen Soldaten klar machen, dass solche Aktionen gerächt werden“, sagte Taliban-Sprecher Sabiullah Mudschahid.

Im Feldlager Kundus möchte sich kein Verantwortlicher äußern. Für die Führung scheint das Thema abgeschlossen: Die Hilfen an die Opfer sind gezahlt, Oberst Klein ist dienst- und strafrechtlich entlastet. In Berlin laufe zwar noch der Untersuchungsausschuss, das aber sei die politische Ebene, heißt es.

Der Stabsfeldwebel Birko H. ist seit zwei Monaten in Kundus. Er ist in jenem Teil des Lagers untergebracht, den die Soldaten wegen der Unterkünfte aus Sperrholzplatten Holzhausen nennen. Nach der Entführung der Tanklasten habe Gefahr für deutsche Soldaten bestanden, sagt er. „Wenn Gefahr besteht, dann muss man auch was tun.“ Der Jahrestag sei „kein Tag, den wir auf dem Schirm haben“, sagt er. „Wir merken uns ja auch nicht jeden Raketenanschlag im Lager.“



Der folgenschwere Luftangriff, der von der Bundeswehr befohlen wurde, ereignete sich vor einem Jahr. Grafik: afp

HINTERGRUND

„Völker sind auch im Guten verbunden“

Die Zusammenarbeit mit den Nachbarvölkern in Europa liegt dem Staatsoberhaupt am Herzen

Von Hartmut Kaczmarek

Berlin/Erfurt. Seine Wahlplakate zeigten schon die Richtung an: Im Hintergrund wehte neben der polnischen auch die europäische Flagge. Bronisław Komorowski, der neue polnische Präsident, machte auch seinen Wählerinnen und Wählern in Polen klar, wo er die Zukunft seines Landes sieht: In einer engen Zusammenarbeit mit den Nachbarn in Europa. Und er grenzte sich mit dieser auch auf den Plakaten verkündeten Vision klar von seinem Konkurrenten Jarosław Kaczyński ab. Der, Bruder des bei der Katastrophe von Smolensk ums Leben gekommenen Präsidenten Lech Kaczyński, warb mit

der nationalpatriotischen Parole: Das Wichtigste ist Polen. Komorowski stammt aus einer alten Adelsfamilie; auf seiner Webseite zeigt er seine Wurzeln bis ins Mittelalter auf. 1469 sei ein Komorowski zum Grafen erhoben worden. In seinem eigenen Lebenslauf betont er seine Mitgliedschaft in der Solidarnosc-Bewegung und seine Inhaftierung während des Kriegsrechts von Dezember 1981 bis Juni 1982.

Familie wurde selbst vertrieben

Geboren wurde Komorowski in Niederschlesien. Seine Familie kam aus dem sowjetisch besetzten Osten

Polens. Dort hatte sie ihre Heimat verloren und zog in die ehemaligen deutschen Ostgebiete. So gesehen waren die Komorowskis selbst „Vertriebene“. In einem Interview mit der FAZ sagt Komorowski, dieses Schicksal seiner eigenen Familie habe ihm geholfen zu verstehen, was die Deutschen sagen. „Unsere Familie musste alles zurücklassen: ihre Gräber, ihre Häuser, ihr Vermögen, ihre Empfindungen. Alles blieb in Litauen, und ich kam in Niederschlesien zur Welt in einem Haus, dem anzusehen war, dass die Familie, die hier früher gewohnt hatte und die dann fort musste, eine deutsche Familie gewesen war.“

Aber nicht nur diese Erin-

nerung prägt ihn. Er erinnert sich auch an einen Onkel, der den gleichen Namen trug wie er: Bronisław Komorowski. Im Alter von 16 Jahren wurde er auf deutschen Befehl hin erschossen. Er wurde im Untergrund mit der Waffe in der Hand gefasst. „Er starb für Polen“, erzählt Komorowski in dem Interview. „Die Erinnerung an ihn ist in der Familie immer noch lebendig.“

Beides zusammengenommen, so berichtet der polnische Präsident, habe zu einem Klima geführt, „in dem wir wussten, dass der Verlust der Heimat ein Unglück ist; zugleich wussten wir, dass diese Lage Folge dieses grausamen Krieges war.“ Die Aussöhnung zwischen

Deutschland und Polen bezeichnet er als einen Erfolg der Generation der Solidarnosc. „Wir haben die Mehrheit der Polen davon überzeugen können, dass die Deutschen gute Nachbarn sind. Das erfordert Zeit und Mut, aber wir können die Versöhnung heute als einen offensichtlichen Erfolg betrachten“, so Polens Präsident.

Besonders erinnert er sich auch an die Unterstützung aus Deutschland, die die Solidarnosc in schwierigen Zeiten erfahren habe. Kopiergeräte und Druckmaschinen halfen der Gewerkschaft bei ihrer Untergrundarbeit. Das zeige ihm, dass die beiden Völker auch im Guten verbunden seien.